

Hintergrundpapier

Nr. 11 / März 2010

„Guinea vor den Präsidentschaftswahlen am 27. Juni 2010“ – Ein Bürgerkrieg abgewendet?

von Ernst Specht¹

Nach dem Militärputsch vom 23. Dezember 2008 eskalierte in Guinea die Gewalt. Trauriger Höhepunkt war das Massaker vom 28. September 2009, als Militärs Proteste der zivilen und politischen Opposition in Conakry blutig niederschlugen. Und das Attentat auf den Militärmachthaber, Hauptmann Moussa Dadis Camara, der am 3. Dezember 2009 schwer verletzt wurde, reiht sich in die Gewaltspirale ein.

Einleitung



Um weiteren Gewalt Einhalt zu gebieten, initiierte der westafrikanische Staatenverbund ECOWAS eine dringende Vermittlung mit dem Ziel, eine Übergangsregierung unter Beteiligung von Oppositionsparteien und Zivilgesellschaft zu bilden. Es galt, die politisch-militärische Krise zumindest soweit unter Kontrolle zu bringen, um Mindestbedingungen für die Vorbereitung und Durchführung allgemeiner Wahlen zu schaffen.

Mit dem Mitte Januar 2010, unter Vermittlung des Präsidenten von Burkina Faso, unterzeichneten Abkommen zwischen Militärs und Opposition und der folgenden Installierung eines Premiers und eines mit legislativen Rechten versehenen Übergangsrates wurden

¹ Afrika-Referent der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Potsdam.

wichtige Zwischenschritte getan. Präsidentschaftswahlen wurden für den 27. Juni 2010 terminiert. Unerlässlich für eine nachhaltige Friedensarbeit bleibt aber die dringliche Entsendung einer internationalen Beobachtungs- und Schutzmission (International Observer and Protection Mission). Denn Vorbereitung und Durchführung der Wahlen sind solange nicht zu garantieren, wie verschiedene Militärgruppen am Kampf um die Macht im Staate mitmischen. Rivalitäten zwischen bedeutenden Ethnien in dem ressourcenreichen Land verstärken diese komplexe Konfliktlage. Heute steht schon fest, dass demokratischen Werten und Grundprinzipien Geltung zu verschaffen, in Guinea ein langfristiger Prozess bleiben wird.

Wahlen in Guinea?

Die Militärjunta unter dem bei der **deutschen Bundeswehr zum Zugführer** ausgebildeten Hauptmann **Moussa Dadis Camara** hatte sich am 23. Dezember 2008 an die Macht geputscht und Verfassung und Nationalversammlung suspendiert. Die Junta hatte zunächst Wahlen für das Parlament (11.10.09) und für die Präsidentschaft (13.12.09) angekündigt. Diese Termine wurden im August 2009 verschoben und Präsidentschaftswahl für den 31.1.2010 und Parlamentswahlen für den 26. März 2010 angesetzt. Der Präsident der nationalen unabhängigen Wahlkommission („Commission électorale nationale indépendante“, Ceni), **Ben Sékou Sylla**, hatte bereits skeptisch auf diese neuen Termine reagiert, da aus technischen Gründen und wegen fehlendem Wählerverzeichnis diese seiner Ansicht nach kaum eingehalten werden könnten.

Massaker vom 28. September 2009

Vor dem ursprünglichen Wahltermin formierten sich bereits erste Wahlbündnisse, obwohl derzeit Parteienaktivitäten noch verboten sind. Auch Dadis Camara selbst kündigte Präsidentschaftsambitionen an. Dagegen protestierten am 28. September 2009, auf einer von der Junta nicht zugelassenen friedlichen Demonstration, die wichtigsten parteipolitischen und zivilen Oppositionskräfte („non á la dictature“). Diese Demonstration in einem Stadion in Conakry wurde vom Militär gewaltsam aufgelöst, wobei nach Angaben von **Thierno Maadjou Sow**, dem Präsidenten der Menschenrechtskommission von Guinea, mindestens 157 Menschen ums Leben kamen. Hunderte Menschen wurden verletzt und nachweislich mindestens 100 Frauen von Militärs vergewaltigt.

Untersuchungen, Sanktionen und Attentat

Danach nahmen die Spannungen im Lande zu. Die Vereinten Nationen eröffneten eine Enquete-Untersuchungskommission und der Internationale Strafgerichtshof (ICC) ermittelt seither wegen des Verdachts von Verbrechen gegen die Menschlichkeit. EU und US verhängten Sanktionen gegen 41 führende Mitglieder der Junta wie Reisesperren und froren deren Konten ein. Frankreich, AU und ECOWAS verhängten Waffenembargos.

Die VN-Enquête-Kommission, unter Vorsitz des erfahrenen Menschenrechts-Juristen **Mohamed Bedjaoui** aus Algerien, führte ihre Mission vom 25. November bis 4. Dezember 2009 vor Ort durch und hat ihren Bericht unverzüglich dem UN-Generalsekretär vorgelegt, so dass er noch vor Weihnachten vom UN-Sicherheitsrat diskutiert werden konnte. Gemäß einem Interview mit dem französischen UN-Botschafter sowie gemäß dem in den Medien (Jeune Afrique online 17.1.2010) veröffentlichten Text wird bei Juntachef Dadis Camara, beim Chef der Präsidialgarde **Aboubacar Chérif Diakité** sowie beim Chef der Spezialeinheit gegen Drogen **Moussa Thégboro** eine strafrechtliche Verantwortlichkeit für die Vorkommnisse vom 28. September 2009 festgestellt.

Wie aber zu befürchten war, hatten die für das Massaker verantwortlichen Militärs die VN-Untersuchung zum Anlass genommen, mit Gewalt weitere Aufklärung zu verhindern. Offensichtlich wurden die Spannungen unter den Militärs durch Schuldzuweisungen gegenüber der Kommission verkompliziert. Mit der Folge, dass am 3. Dezember 2009 ein **Attentat** auf den Junta-Präsident Dadis Camara verübt wurde. In einem shoot-out wurde der Präsident durch einen Kopfschuss schwer verletzt. Das Attentat wird dem Anführer der Garde des Präsidenten, Leutnant Chérif Diakité, zugerechnet, der auch die gewaltsame Räumung des Stadions befohlen haben soll. Dadis Camara wurde zunächst von Ärzten aus dem Senegal versorgt, die von Präsident Wade entsandt worden waren und dann zu einer Operation nach Rabat, Marokko, ausgeflogen. Zwischenzeitlich ist er auf dem Wege der Besserung und ins vorläufige Asyl nach Burkina Faso verbracht.

Bezeichnend für die jetzige Sicherheitslage ist, dass der mutmaßliche Attentäter **Lt. Aboubacar Chérif Diakité**, genannt „**Toumba**“, bisher nicht gefasst ist. Er lebt aber in Guinea, gedeckt von Militärs, wie englische und französische Medienvertreter bestätigen können, die ihn zum Interview bereit fanden.

Vermittlungsbemühungen schon vorher gescheitert

Im Oktober 2009 hatten Junta und Opposition **Blaise Compaoré**, den Präsidenten von Burkina Faso, als Mediator der ECOWAS akzeptiert. Er als früherer Militär und Autokrat, hatte bereits in der Elfenbeinküste ein Übergangsregime verhandelt. Er dürfte daher von den Militärs in Guinea am besten verstanden worden sein. Am 19. November 2009 legte Compaoré einen ersten Vermittlungsvorschlag vor, nachdem er in Abuja den nigerianischen Präsidenten Yar'Adua konsultiert und die Vertreter der Junta (Le Conseil National pour la Démocratie et le Développement) und des Oppositionsbündnisses (Forces vives de Guinée) in Quagadougou angehört hatte.

Das Bündnis der Opposition schloss neben Oppositionsparteien auch Gewerkschaften und Institutionen der Zivilgesellschaft mit ein. Sie hatten ihre Forderungen durch ihren Sprecher, **Jean-Marie Doré**, in einem Memorandum an Compaoré übermittelt. Die Junta hatte allerdings diese Forderungen, wie Wahlen innerhalb von zehn Monaten und Junta-Führer Dadis Camara nicht als Präsidentschaftskandidat, zurückgewiesen. Dies war vom Generalsekretär der bedeutenden Gewerkschaft „l'Union syndicale des travailleurs de Guinée“ (USTG), **Ibrahima Fofana**, als Affront bezeichnet worden. Damit waren die Vermittlungsbemühungen vorerst in eine Sackgasse gelaufen.

An der Lösung des Konfliktes beteiligt ist auch eine Internationale Kontaktgruppe (ICG-G) beteiligt, mit Repräsentanten der UN, EU, AU, ECOWAS sowie weltweit operierender NGOs. Eine nationale Kontaktgruppe für Guinea des Auswärtigen Amtes in Berlin arbeitet den Vermittlungsbemühungen zu.

Überraschende Ernennung eines Premierministers

Bis zum Jahresende 2009 waren keine Schritte im Hinblick auf eine Rückkehr zur Demokratie absehbar. Zwar entstand kein politisches und militärisches Vakuum, da mit General **Sékouba Konaté**, dem Verteidigungsminister der Junta, ein Hardliner und von Libyen unterstützter Waffenhändler, die Macht übernommen hatte. Die Rolle des in Marokko genesenden Dadis Camara blieb unklar, da sein gesundheitlicher Zustand im Dunkeln blieb. Erst Anfang 2010 kam durch eine Reise von Konaté zu Dadis nach Marokko und die überraschende Überführung des Junta-Chefs nach Burkina Bewegung in die Angelegenheit. Faktisch ist Dadis Camara damit exiliert, nachdem er die Rolle Ko-



General Sékouba Konaté, Übergangs-
präsident

natés als Übergangspräsident akzeptiert und der Einsetzung eines Premiers der Opposition zugestimmt hatte. Diese Lösung war vom burkinischen Präsidenten im Namen von ECOWAS, wohl auch auf französischen Einfluss hin, vermittelt worden. Auch die aktuelle ECOWAS-Präsidentin, Liberias Präsidentin **Ellen Johnson Sirleaf** und der UN-Repräsentant für Westafrika, **Said Djinnit**, waren bei der Unterzeichnung des Abkommens am 15. Januar 2010 zugegen.

Auf der Basis dieses Abkommens wurde durch Dekret am 21. Januar 2010 der 71-jährige langjährige Oppositionelle **Jean-Marie Doré**, Präsident der UPG und Sprecher der „Forces vives de Guinée“, zum Premierminister einer Übergangsregierung ernannt. Bemerkenswert dabei ist, dass er von der gleichen Minderheitsethnie der „Forestiers“ wie **Dadis Camara** kommt. **Haja Rabiadou Sérah Diallo**, Vorsitzende des nationalen Gewerkschaftsverbandes „Confédération nationale des travailleurs de Guinée“ (CNTG), wurde als Vizepremier vorgesehen. Mit General **Mamadouba Toto Camara** wurde ein 2. Vizepremier benannt.



li. Jean-Marie Doré, Premierminister; re. Rabiadou Sérah Diallo, Präsidentin des Nationalen Übergangsrates

Zügige Demokratisierung und Wahlen?

Das Abkommen von Ouagadougou legt fest, dass die Übergangsregierung Konaté/Doré Wahlen für die Präsidentschaft vor Ablauf von sechs Monaten durchzuführen hat. Es legt weiter fest, dass kein Mitglied der Junta und der Übergangsregierung, aber auch kein Militär sich zur Wahl stellen kann. Damit sind nach Ansicht von UN, AU und ECOWAS die Bedingungen gegeben, wie sie von der Zivilgesellschaft gefordert worden waren.

Überraschend zeitnah wurde bereits am 8. Februar 2010 ein nach dem Vermittlungsabkommen vorgesehener „Nationaler Übergangsrat“ (**Conseil national de transition**) geschaffen, der bis zu den Wahlen das beim Putsch im Dezember 2008 aufgelöste Parlament „ersetzen“ und notwendige Gesetze erlassen soll. Dieser Rat besteht aus 155 Mitgliedern, die aus der Junta, vor allem aber aus gesellschaftlich wichtigen Kreisen kommen. Die Parteiengruppierung ANR boykottiert ihre Teilnahme, da vor allem die Gruppierung „forces vives“ bei der Postenverteilung bevorzugt würde. Präsident dieses Ersatzparlaments wurde die zunächst als Vize-Premier benannte **Haja Rabiadou Sérah Diallo**. Premier Doré hatte sich geweigert, die vorgesehenen Ämter der Vizepremiers zu besetzen. So kommt Haja Diallo jetzt über dieses neue Amt zu einer erweiterten Machtfülle. Zu Vizepräsidenten des Übergangsrates wurden mit **Mgr. Albert David Guillaume Gomez** ein Vertreter der anglikanischen Kirche und mit **El Hadj Mamadou Saliou Sylla** ein früherer Sekretär der nationalen Islamischen Liga von Guinea ernannt.

Dringlicher Einsatz einer Schutzmission

Die Internationale Kontaktgruppe hatte bereits am 12. Oktober 2009 ECOWAS aufgefordert, eine internationale Beobachtungs- und Schutzmission zu entsenden, die durch Beiträge der beteiligten Partner unterstützt werden soll. Dieser dringliche, aber bis jetzt unterbliebene Einsatz sollte bereits

die Enquête-Kommission schützen, vom UN-Generalsekretär vom 25.11. bis 4.12.09 nach Guinea entsandt worden war.

Vor allem aber bleibt diese Mission vordringlich, wie auch von der Kontaktgruppe am 26. Januar 2010 in Addis und 22. Februar 2010 in Conakry erneuert gefordert, um angesichts der jetzt von der Wahlkommission für den **27. Juni 2010 angesetzten Präsidentschaftswahlen** die Sicherheitslage zu verbessern. Dies wird nur möglich werden, wenn die Funktion und Ordnung der Militärs wieder gewährleistet ist und damit die Machtansprüche einzelner Militärführer verhindert werden können, die weiterhin gewaltbereit ihre Pfründe sichern wollen. Ein jetzt von ECOWAS entsandter senegalesischer General, der die Militärführung in ihrem Bemühen um Transparenz beraten soll, ist zwar ein erster kleiner Schritt, ersetzt jedoch noch lange nicht eine notwendige gesamtheitliche Intervention.

Impressum
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Bereich Internationale Politik
Referat Politikberatung und
Internationale Politikanalyse
Karl-Marx-Straße 2
D-14482 Potsdam

Aktuelle Informationen zur Projektarbeit der Stiftung für die Freiheit finden Sie unter www.freiheit.org

Anlage

Derzeit sich formierende Wahlallianzen

Die jetzt für den 27. Juni 2010 terminierten Präsidentschaftswahlen wären die ersten (unter den lokalen Umständen) freien Wahlen seit der Unabhängigkeit in 1958 unter Sékou Touré, wenn die Versprechungen, u.a., dass Parteien sich frei betätigen können, erfüllt würden.

Bisher bekannte Formationen und Parteien sowie Übergangsregierung (seit 21.1.2010)

1. Gruppe

L'Union des Forces Républicaines – UFR, Präsident: **Sidya Touré** (Diakhanké) (Beobachterstatus bei Liberal International) –frühere Opposition, hatte Parlamentswahlen vom Juni 2002 boykottiert
Parti de l'Espoir et du Développement national (PEDN), Neugründung, Präsident **Lansana Kouyaté**, letzter Premier unter dem verstorbenen Lansana Conté, zuvor Generalsekretär von ECOWAS

2. Gruppe

Alliance Nationale pour le Renouveau (ANR) ; Präsident : **Ousmane Bah (UPR)**

Am 2.12.2009 neu formierte Allianz von 38 Parteien. U.a.

Parti Libéral Démocrate (PLD); Präsident: Mohamed Yansane

Parti Socialiste (P.S.) ; Generalsekretär : Seydou Baya

L'Union pour le Progrès et le Renouveau (UPR); Präsident **Ousmane Bah**

(Von den wichtigsten Oppositionsparteien war zuletzt lediglich die UPR im Parlament vertreten. Es gibt Verhandlungen mit Lansana Kouyaté über ein Merger mit PEDN)

L'Union démocratique de Guinée –UDG, Präsident Elhadji **Mamadou Sylla** (« crony » von Lansana Conté ; hat sich 30.11.09 vom CFC zurückgezogen)

3. Gruppe

Coalition des Forces vives du Changement – CFC, Präsident **Alpha Condé** (Mandinke), (Parteien, Gewerkschaften, Zivilgesellschaft)

Sprecher : **François Lonsény Fall**

Rassemblement du Peuple de Guinée –RPG, Vorsitzender Prof. Alpha Condé, Mitglied der Sozialistischen Internationale, frühere Opposition, hatte Parlamentswahlen vom Juni 2002 boykottiert

L'Union des Forces Démocratiques de Guinée –UFDG, Präsident : **Cellou Dalein Diallo**,(Fulani) Premierminister 2004–06, langjähriger Minister und Manager Interafrikanische Entwicklungsbank (Kontakt mit FNF, Büro Brüssel, hat sich nicht realisiert), UFDG hatte als Oppositionspartei Parlamentswahlen vom Juni 2002 boykottiert.

Union pour le Progrès de la Guinée (UPG), Präsident **Jean-Marie Doré**

Front uni pour le changement démocratique, (Fudec) Vorsitzender **Francois Lonsény Fall**, (früherer Premier)

4. Weitere Parteien, Personen

Parti de l'Unité et de la Liberté – P.U.L., Präsident **Alpha Mamadou Diallo** (ALN-Mitglied)

Parti du l'Unité et du Progrès, PUP (Regierungspartei bis zum Militärputsch) unter **Sékou Konaté**, Kontakt mit FNF-Büro Dakar: Treffen mit Alexander Sekou Sangaré, Mitglied der Parti de l'Unité et du Progrès – PUP- am 18. Januar 2010 in Dakar

Bisher politisch inaktiv: Parti Libéral du Guinée, Prof. Elhadji-Haki Keita, Montreal, Canada.

5. Junta/Conseil National pour la Démocratie et le Développement (CNDD), Übergangsregierung (seit 21.1.2010) und Nationaler Übergangsrat (seit 8.2.2010)

Captain Moussa Dadis Camara; Präsident (im Exil)

General Sékouba Konaté, Verteidigungsminister (2. Vizepräsident) und seit 3.12.2009 Übergangspräsident.

Jean-Marie Doré, Premierminister (ernannt 21.1.2010; Übernahme 26.1.2010)

Haja Rabiaou Sérah Diallo, Präsidentin, Nationaler Übergangsrat